

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG VON NICHT-REGIERUNGSORGANISATIONEN
DER SCHWEIZ ZUR UNO-POLITIK**

Verabschiedet von der Generalversammlung
der Gesellschaft Schweiz-UNO am 30. Juni 2005

- 1. Verstärkte Mitwirkung der Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft bei der UNO**
- 2. Schaffung eines Parlaments der UNO**
- 3. Erweiterung des Sicherheitsrates der UNO und Umgestaltung des Vetorechts**
- 4. Internationales Strafgerichtshof**
- 5. UNO-Einsätze sind nie Kriege: Schonung der Bevölkerung**
- 6. Abrüstung**
- 7. Unterstützung der UNO-Politik des Bundesrates**

1. Verstärkte Mitwirkung der Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft bei der UNO

Die unterzeichneten Organisationen begrüßen die Bereitschaft des Bundesrates, die Zivilgesellschaft und die Nichtregierungsorganisationen anzuhören und deren Mitwirkung in den Arbeiten der UNO zu verstärken.

2. Schaffung eines Parlaments der UNO

Die unterzeichneten Organisationen

- unterstützen die von über 100 Mitglieder der schweizerischen Bundesversammlung geforderten Schaffung eines Parlaments der Vereinten Nationen (UNO);
- sie geben ihrer Unterstützung im beiliegendem offenen Brief an UNO-Generalsekretär, Herrn Kofi Annan, Ausdruck;
- sie laden die internationalen Dachverbände denen sie angehören und ihre Schwesterorganisationen im Ausland ein, die Forderung nach der Schaffung eines UNO-Parlaments ebenfalls zu unterstützen;
- sie bitten den schweizerischen Bundesrat, die Verwirklichung dieser Initiative als ein prioritäres Ziel in sein Regierungsprogramm aufzunehmen.

3. Erweiterung des Sicherheitsrates der UNO und Umgestaltung des Vetorechts

Die unterzeichneten Organisationen

- halten fest, dass keiner der beiden vorgeschlagenen Modelle für die Erweiterung des Sicherheitsrates der UNO (Punkt 2.2.2 des bundesrätlichen UNO-Berichtes) zu befriedigen vermag, obwohl Modell B weniger ungünstig erscheint, und verlangen eine Lösung, die allen Mitgliedern eine bessere Mitwirkung ermöglicht;
- widersetzen sich der Schaffung von neuen permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates;
- stellen mit Genugtuung fest, dass die Verleihung des Vetorechtes an einzelnen neuen Mitgliedern, dem sie sich entschieden widersetzen, nicht vorgesehen ist;
- verlangen, dass die Ausübung des Vetos auf genau umschriebene Grundsatzfragen beschränkt werden soll;
- erklären sich unter den genannten Voraussetzungen mit der Erweiterung des Sicherheitsrates der UNO einverstanden, um dessen Repräsentativität zu erhöhen;
- setzen sich für eine Stärkung der Rolle der Generalversammlung ein.

4. Internationales Strafgerichtshof

Die unterzeichneten Organisationen unterstreichen die grosse Bedeutung des Internationalen Gerichtshofes, laden die Staaten, die das Statut dieses Hofes noch nicht ratifiziert haben, dieses Säumnis baldmöglichst nachzuholen, begrüssen die Unterstützung des Hofes durch die Schweiz und weisen auf die wichtige Rolle der zur Unterstützung des Hofes gebildeten Koalition von Nichtregierungsorganisationen hin.

5. UNO-Einsätze sind nie Kriege: Schonung der Bevölkerung

Die unterzeichneten Organisationen halten fest, dass UNO-Einsätze nie Kriege sind. Deshalb sollen Sanktionen immer gezielt angewandt werden unter Schonung der Bevölkerung. Es soll wenn möglich in der Charta selber oder in einem internationalen verbindlichen Text bestimmt werden, dass das Kriebsrecht nur Anwendung findet, wenn es für die Beteiligten das mildere ist. Ebenfalls ist zu erklären, z.B. durch revidierte Feindstaatenklauseln (Art.53+107 der Charta) dass sogar von militärischen UNO-Sanktionen betroffene Staaten keine Feinde sind.

6. Abrüstung

Die begrüssenswerten Bemühungen zur Stärkung der UNO-Polizei und zur Erhöhung ihrer Einsatzbereitschaft müssen Hand in Hand mit einer allgemeinen und von der UNO kontrollierten und durchgesetzten Abrüstung vor sich gehen. Ziel ist die Schaffung einer einzigen Weltpolizeimacht, nicht die Bildung einer zusätzlichen Armee, neben den bestehenden nationalen Heeren.

7. Unterstützung der UNO-Politik des Bundesrates

Die unterzeichneten Organisationen hoffen, dass der Bundesrat seine positive UNO-Politik weiterentwickelt.